

## **„Berufsbildung 2015 – Möglichkeiten und Chancen für das Land Sachsen-Anhalt“ Positionen der Fraktion DIE LINKE**

**Auch in Sachsen-Anhalt klafft nach wie vor eine erhebliche Lücke zwischen der Zahl der Bewerberinnen und Bewerber und den angebotenen betrieblichen Ausbildungsplätzen im dualen System.** Im Oktober 2009 standen für 14.538 Bewerberinnen und Bewerber 10.311 betriebliche Ausbildungsstellen zur Verfügung. Fast die Hälfte der ausbildungsberechtigten Betriebe bildet nicht aus. Unter den kleinen Betrieben ist der Anteil nichtausbildender Unternehmen am höchsten, ein Teil der Gruppe der größeren Betriebe wird seiner Verantwortung für die Ausbildung hinsichtlich der Zahl der Ausbildungsplätze weiterhin nicht gerecht. Die Voraussetzungen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen müssen gerade unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise und angesichts anhaltender Abwanderung junger Menschen aus Sachsen-Anhalt verbessert, die Stimulierung und der politische Druck zur Ausbildung erhöht werden.

Nach wie vor ist die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt noch auf keinem stabilen Entwicklungspfad. Der Sicherung begonnener Ausbildungen, der Übernahme von Ausbildungsverhältnissen bei Betriebsschließungen oder Strukturveränderungen kommt deshalb weiter große Bedeutung zu.

Die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze reicht bei weitem nicht, um in angemessenem Rahmen eine freie Berufswahl zu gewährleisten. Der DGB hat dafür die Relation, für 100 Bewerberinnen und Bewerber 112,5 betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen, genannt. 2009 kamen bis Oktober in Sachsen-Anhalt auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz 1,4 Bewerberinnen bzw. Bewerber. Auch 2009 ist erneut eine beachtliche Zahl von über 1.700 Bewerberinnen und Bewerbern mit unbekanntem Verbleib aus der Statistik herausgefallen, ca. 12% aller Bewerberinnen und Bewerber. Von den verbleibenden konnten allerdings fast alle durch außerbetriebliche Angebote, weiteren Schulbesuch, Aufnahme eines Studiums, Fördermaßnahmen und die Tätigkeit in gemeinnützigen Diensten versorgt werden.

**Wir übersehen nicht, dass in Sachsen-Anhalt 2009 bisher mehr betriebliche Ausbildungsplätze pro Bewerberin und Bewerber zur Verfügung stehen als im Durchschnitt Ostdeutschlands.** In den letzten Jahren konnte die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze erhöht werden, 2009 sank sie deutlich geringer als im Bundesdurchschnitt. Dabei darf nicht verkannt werden, dass die relative Entspannung

der Ausbildungssituation auch aus dem Rückgang der Absolventenzahlen der allgemein bildenden Schulen resultiert.

Zu den günstigen Ausgangsbedingungen für die weitere Entwicklung der Berufsausbildung in Sachsen-Anhalt gehören die erheblichen Investitionen in berufsbildende Schulen und andere Berufsbildungseinrichtungen.

**Daraus erwachsen Chancen und Potentiale für eine leistungsfähige Berufsausbildung in Sachsen-Anhalt.**

Der Rückgang der Zahl junger Menschen, die in berufliche Ausbildung und später in eine berufliche Tätigkeit eintreten, fällt in den nächsten Jahren mit der Beendigung der Erwerbstätigkeit einer großen Zahl hochqualifizierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zusammen.

**Sachsen-Anhalt droht auf vielen Gebieten ein Fachkräftemangel**, der zu einem Hindernis gesellschaftlicher Entwicklung werden kann, nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht.

Das ist eine Herausforderung an Qualität, Zielorientierung und Effektivität beruflicher Bildungsangebote.

**Die Anstrengungen, allen Jugendlichen die erfolgreiche Teilnahme an anspruchsvoller Bildung und beruflicher Qualifizierung zu gewährleisten, müssen verstärkt werden.** Das entspringt aus dem unveräußerlichen Recht eines jeden Menschen auf ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben wie aus den Erfordernissen demokratischer gesellschaftlicher Entwicklung und sozialer Integration.

- Deshalb brauchen wir eine ausreichende Zahl von Studienplätzen an den Hochschulen, die der wachsenden Bildungsnachfrage und den Erfordernissen einer dynamischen gesellschaftlichen Entwicklung gerecht wird, ebenso wie mehr niveauvolle Ausbildungsplätze im dualen System und bedarfsgerechte erweiterte Kapazitäten in der Fachschulausbildung und in anderen vollzeitschulischen Aus- und Weiterbildungsgängen mit anerkannten Abschlüssen.

- Deshalb dürfen junge Menschen nicht schon in der Schule oder in der Berufsausbildung scheitern und chancenlos bleiben.

**Eine klassische Berufsausbildung ist nach wie vor für viele Jugendliche attraktiv.**

In der Wirtschaft, der Landwirtschaft, im Handel, im Handwerk, in der Logistik sowie in vielen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Dienstleistungen werden beruflich solide qualifizierte Fachkräfte auch künftig nachgefragt.

**Gleichzeitig entwickeln sich zahlreiche weitere alternative Wege zu einem Beruf.** Der Anteil der Studierenden und der Akademikerinnen und Akademiker wächst - aber in geringem Maße und bleibt deutlich hinter dem Niveau der entwickelten OECD-Länder zurück.

**Die Fraktion DIE LINKE spricht sich dafür aus,**

- ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Bildungsbereichen zu wahren und keinen Bereich strukturell zu benachteiligen,

- einen hohen Standard und die Anerkennung der beruflichen Abschlüsse und Bildungsbestandteile deutschlandweit, in Europa und, soweit möglich, international zu sichern,
- berufliche Abschlüsse und Bildungsbestandteile jederzeit ergänzen, erweitern und fortsetzen zu können, das schließt auch die Möglichkeiten der Anrechnungsfähigkeit erworbenen Kompetenzen in nachfolgenden Ausbildungen, Fort- und Weiterbildungen sowie den Hochschulzugang über qualifizierte Berufsabschlüsse ein,
- berufliche Ausbildungen mit herausgehobenen Ansprüchen schrittweise auf Hochschulniveau zu entwickeln, besonderen Handlungsbedarf sehen wir auf den Gebieten der derzeitigen Fachschulausbildungen Sozialpädagogik (Erzieherinnen und Erzieher) und in ausgewählten Gesundheitsberufen,
- die Entwicklung dualer Studienangebote an den Hochschulen auf der Grundlage tragfähiger Vereinbarungen zwischen Hochschulen, Wirtschaft und Kammern bedarfsgerecht zu fördern.

## I

**Der Übergang von der allgemein bildenden Schule zur Berufsausbildung - auch Jugendlichen mit Benachteiligungen Einstieg in eine berufliche Qualifikation ermöglichen, allgemeines Bildungsniveau heben, differenzierte individuelle Förderung ausbauen**

**1. Die immer noch hohe Zahl von Schulabgängerinnen und Schulabgängern - vor allem ohne Abschluss oder lediglich mit einem Hauptschulabschluss - mit erheblichen Defiziten in der Ausbildungsfähigkeit darf nicht hingegenommen werden.** Besonders besorgniserregend ist die Tatsache, dass vor allem Jugendliche aus finanzschwachen und bildungsfernen Elternhäusern oder von Migrantinnen und Migranten davon betroffen sind und damit systematisch Armut und soziale Spaltung vererbt werden.

Diese Einschätzung soll nicht dazu führen, das oft erhebliche Engagement der Lehrkräfte und pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gerade im Förderschulbereich und im auf den Hauptschulabschluss orientierten Unterricht gering zu schätzen.

Eine entscheidende Ursache für diese Situation sieht die Fraktion DIE LINKE in den inhaltlichen und strukturellen Defiziten, die die allgemein bildenden Schulen daran hindern, mit der wachsenden Heterogenität der Schülerschaft produktiv umzugehen, differenziert und individuell zu fördern. Hinzu tritt, dass das Bildungsangebot im auf den Hauptschulabschluss orientierten Unterricht oder in Förderschulen von Anfang an gegenüber dem Unterricht, der auf den Realschulabschluss vorbereiten soll, erheblich reduziert ist. Die zu frühe Festlegung auf bestimmte Bildungsangebote verbunden mit mangelnder Durchlässigkeit und die noch verbreitete Philosophie des „Abschulens“ und „Sitzenbleibenlassens“ verschärfen die Probleme zusätzlich.

**Die Fraktion DIE LINKE verfolgt daher das Ziel, das gegliederte Schulsystem schrittweise zu überwinden und längeres gemeinsames Lernen aller Schülerinnen und Schüler durchzusetzen.**

**2. Die Fraktion DIE LINKE** sieht nicht nur dieses längerfristige Ziel, sie **sieht auch akuten Handlungsbedarf und noch nicht ausgeschöpfte Entwicklungspotentiale im bestehenden allgemein bildenden Schulwesen.** Unter dem Aspekt der Schaffung besserer Voraussetzungen für eine künftige berufliche Bildung stellen wir **folgende zentrale Forderungen:**

- **Das allgemeine Bildungs- und Kompetenzniveau muss gehoben werden.** Das schließt das sichere Beherrschen der grundlegenden Kulturtechniken, das Erfassen und Begreifen von Zusammenhängen, die Ausprägung von Sozial-, Selbst-, Sprach- und Medienkompetenz sowie die nachhaltige Entwicklung von Lernmotivation ein. Dazu sollten Bildungsangebote von einer übertriebenen Faktenfülle befreit und stärker kompetenzorientiert gestaltet werden. Exemplarisches Lernen und differenzierte individuelle Förderung, die an den besonderen Fähigkeiten und Erfahrungen der Einzelnen anknüpft und sie zu gemeinsamen Zielen der Lerngruppe führt, müssen möglich sein, zum Schulalltag gehören.
- **Polytechnische und praxisbezogene Bildungsangebote sollen im Bereich der allgemein bildenden Schulen aller Schulformen weiter gestärkt und systematischer in den Lernprozess einbezogen werden.** Wir erwarten davon ein tieferes Verständnis des erworbenen Wissens, eine nachhaltige Entwicklung der Lernmotivation durch praktische und lebensverbundene Fragestellungen, eine Vertiefung der technischen, technologischen, wirtschaftlichen und sozialen Grundbildung sowie eine bessere Orientierung auf das künftige Berufs- und Erwerbsleben. Dazu sollen sich Schulen verstärkt auch ihrem Sozialraum zuwenden und vielfältige Kooperationsbeziehungen mit der Kommune, der Wirtschaft, mit berufsbildenden Schulen und weiteren gesellschaftlichen Bereichen entwickeln.
- **Berufsorientierung und Berufsberatung** an den allgemein bildenden Schulen sollen wirksamer helfen, eine aussichtsreiche berufliche Karriere einzuschlagen und sich mit dem gewählten Beruf zu identifizieren. Gleichzeitig sollen sie auf die wachsende Dynamik im Berufs- und Erwerbsleben vorbereiten. Die in den letzten Jahren eingeführten Formen wie BRAFO u.a. müssen weiterentwickelt und stabilisiert, besser mit dem gesamten Lernprozess vernetzt und an allen Schulen eingesetzt werden.
- **Die Lernprozesse müssen unter den Aspekten genderspezifischer Wirksamkeit reflektiert und gestaltet werden.** An den besonderen Stärken und Fähigkeiten von Mädchen und Jungen, jungen Frauen und Männern soll angeknüpft, geschlechterbedingte Benachteiligungen sollen ausgeglichen und überkommene Rollen- und berufliche Karrierenzuweisungen überwunden werden. Das beinhaltet auch die Aufgabe, mehr Mädchen und junge Frauen in ihrer gesamten Bildungsbiographie für technische Zusammenhänge und im

Ergebnis auch für technische Berufe zu interessieren wie Jungen und jungen Männern Berufe im sozialen und pflegerischen Bereich näher zu bringen.

- **Für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf sollen inklusive Bildungsangebote an Regelschulen Vorrang haben.** Ihre Möglichkeiten zu anerkannten Schulabschlüssen zu gelangen, die die Perspektive qualifizierter Berufsausbildungen eröffnen, müssen deutlich ausgebaut werden. Das setzt eine allseitig verstandene Barrierefreiheit in den Lernprozessen genauso voraus, wie die Erreichbarkeit aller Unterrichtsräume ohne fremde Hilfe.

**Um diese Ziele zu erreichen, müssen umgehend strukturelle Benachteiligungen von Schulen überwunden und Sekundarschulen gestärkt werden.**

**3. Die Fraktion DIE LINKE geht davon aus, dass trotz aller Bemühungen im Bereich der allgemein bildenden Schulen auch die Berufsbildung einen eigenen Beitrag leisten muss, um Defizite in der allgemeinen Persönlichkeitsentwicklung und Berufsbildungsfähigkeit bei Jugendlichen auszugleichen.**

Dazu werden auch mittelfristig Angebote der berufsbildenden Schulen im Verbund mit Betrieben und Einrichtungen erforderlich, die als in der Regel einjährige duale Berufsvorbereitung den zu einem beruflichen Abschluss führenden Ausbildungen vorgelagert sind.

**Dazu halten wir es für erforderlich:**

- die gesamte Ausbildungszeit der Berufsvorbereitung als Einheit von betrieblicher und schulischer Ausbildung \_ zu gestalten, betriebliche Praxis wie schulische Bildungsangebote müssen systematisch verzahnt und darauf gerichtet sein, Ausbildungsmotivation zu entwickeln und fachliches Grundwissen zu vermitteln \_,
- mehr zu tun, um wirksam zur **Entwicklung, Festigung und Vertiefung von Grundkompetenzen** im sozialen, sprachlichen, mathematischen und naturwissenschaftlich-technischen Bereich beizutragen,
- die berufsvorbereitende Bildung in stärkerem Maße **sozialpädagogisch zu begleiten und zu unterstützen** sowie die **Ausbildung gendersensibel auszugestalten**, Schwerpunkt ist dabei die gezielte Förderung benachteiligter Jungen.

**Die berufsvorbereitenden Ausbildungen müssen einen klar erkennbaren berufsbildenden Effekt haben.** So weit möglich, sollen sie auf nachfolgende berufliche Qualifikationen angemessen angerechnet werden können. Sogenannte Warteschleifen ohne nachvollziehbaren Qualifikationsgewinn müssen abgeschafft werden.

**Die Fraktion DIE LINKE tritt dafür ein, den jungen Menschen nach erfolgreichen ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen den Zugang zu allen in Frage kommenden beruflichen Ausbildungen und die Perspektive vollwertiger Berufsabschlüsse zu öffnen.** In besonderen Fällen hält sie aber das Angebot von Ausbildungsmodulen, die sowohl eine Erwerbstätigkeit als auch den schrittweisen Ausbau zu einem vollen Berufsabschluss ermöglichen, für zielführend.

**4. Die beruflichen Chancen für Menschen mit Behinderungen müssen deutlich verbessert werden.** Größerer Beachtung als bisher bedürfen Jugendliche mit psychischen Erkrankungen.

Zur Verbesserung der Chancen für Menschen mit Behinderungen gehört, in allen beruflichen Ausbildungsbereichen allseitige Barrierefreiheit, sonderpädagogische und andere spezifische Förderung zu gewährleisten. Darüber hinaus ist derzeit ein flächendeckendes und bedarfsgerechtes Angebot an Berufsförderungswerken und Berufsbildungswerken sowie weiteren über- und außerbetrieblichen Ausbildungsangeboten noch unverzichtbar. Hier müssen qualifizierte Ausbildungen vorgehalten, Anerkennung der Abschlüsse und Anschlussfähigkeit der Qualifizierung gewährleistet werden. Das schließt auch spezifische Abschlüsse für Menschen mit Behinderungen nicht aus.

Es bedarf besonderer Unterstützung, Förderung und einer deutlich höheren Bereitschaft der Betriebe und weiterer Einrichtungen zur Einstellung von Menschen mit Behinderungen, damit ein flexibler Übergang auf den Arbeitsmarkt gelingt. Das System der Jugendberufshilfe und der Ausbildungsförderung für benachteiligte Jugendliche muss qualifiziert werden.

## II

### Wirtschaftlicher Strukturwandel, sinkende Schülerzahlen und Fachkräftemangel – Entwicklungsbedingungen und Herausforderungen für berufsbildende Schulen

**5. Die berufsbildenden Schulen stehen in den nächsten Jahren vor einem Wandlungsprozess.** Er wird bedingt durch die Art und Weise des Fortgangs der Strukturveränderungen der regionalen und der überregionalen Wirtschaft, durch die demografische Entwicklung der Bevölkerung insgesamt und vor allem durch die erheblich sinkenden Absolventenzahlen der allgemein bildenden Schulen. **Die Fraktion DIE LINKE geht davon aus, dass daraus inhaltliche und strukturelle Veränderungen in der Berufsausbildung erwachsen.**

**6. Die Fraktion DIE LINKE setzt sich für die Erhaltung und die weitere qualitative Entwicklung der beruflichen Ausbildungsangebote in Sachsen-Anhalt ein,** die sowohl den Berufswünschen der jungen Leute als auch den Anforderungen der Gesellschaft und darin eingebettet der Wirtschaft gerecht werden sollen. Das schließt auch die Entwicklung allgemeiner Bildung und die Vertiefung von Fremdsprachenkenntnissen im Rahmen der beruflichen Ausbildung ein. Gleichwohl sieht sie angesichts deutlich sinkender Bewerberzahlen, eines steigenden Fachkräftebedarfs und einer auf längere Sicht angespannten Wirtschafts- und Haushaltsslage die Notwendigkeit, **die erheblichen Investitionen in die berufsbildenden Schulen mit größerem Effekt zu nutzen und auch inhaltliche Schwerpunkte zu setzen.**

Wir unterstützen die Forderung, die derzeitige Breite der teilweise tief spezialisierten Berufspalette in Deutschland zu hinterfragen.

**Die beruflichen Ausbildungsangebote an den berufsbildenden Schulen sollen die regionale Entwicklung einer leistungs- und zukunftsfähigen, nachhaltigen Wirtschaft und einer guten sozialen Infrastruktur unterstützen.** Diese Ausbildungsangebote müssen durch wirksamere Anreize zur Schaffung entsprechender betrieblicher Ausbildungsplätze in größerer Zahl als bisher ergänzt werden.

Unter diesen Aspekten sind weitere Konzentrationsprozesse im Ausbildungsangebot berufsbildender Schulen offenbar unvermeidlich. Dieser Tatsache muss auch in Bezug auf die Ausbildungsbedingungen für die Jugendlichen Rechnung getragen werden, das betrifft u.a. die Möglichkeiten von Internatsunterbringung und die Kosten für die erforderlichen Beförderungsaufwendungen in der dualen Ausbildung.

Dennoch geht die Fraktion DIE LINKE davon aus, dass die Ausbildungsangebote an den berufsbildenden Schulen auch unter diesen Bedingungen eine soweit wie möglich über die Profilschwerpunkte hinausreichende Breite aufweisen, um auch in diesen Bereichen Entfernungen zwischen Ausbildungsstätte und Ausbildungsbetrieb nicht unverhältnismäßig zu vergrößern.

Insbesondere Ausbildungsangebote für benachteiligte Jugendliche sollten möglichst wohnortnah vorgehalten werden.

**7. In diesem Sinne setzt sich die Fraktion DIE LINKE für eine Profilbildung der berufsbildenden Schulen ein, die eine Balance zwischen regionalspezifischer Schwerpunktbildung und der Sicherung einer erforderlichen Ausbildungsbreite gewährleistet.**

Wachsende Bedeutung erlangt die **regionale und überregionale Koordinierung** sowie die Bildung von Netzwerken berufsbildender Schulen, die auf die Erhöhung der Ausbildungsqualität, die Flexibilität der Bildungsangebote und die Steigerung der Effektivität des Ressourceneinsatzes gerichtet sind.

Darüber hinaus treten wir für **Kooperationen zwischen berufsbildenden Schulen, allgemein bildenden Schulen und Hochschulen** ein. Besonders im Zusammenwirken berufsbildender Schulen und Hochschulen sehen wir ein ausbaufähiges Entwicklungspotential. Die Fraktion DIE LINKE unterstützt die Einbindung berufsbildender Schulen in **regionale Bildungslandschaften**.

8. Angesichts der erheblichen Kapazitäten und weitgehend moderner Ausstattung der berufsbildenden Schulen einerseits und einer deutlich rückläufigen Bewerberzahl andererseits **hält es die Fraktion DIE LINKE für sinnvoll, die Möglichkeiten dieser Schulen auch für polytechnische und berufsvorbereitende Angebote im Bereich der allgemein bildenden Schulen zu nutzen.**

Auch Berufsbildungs- und Qualifizierungseinrichtungen verschiedener Trägerschaft („Bildungsträger“) sollen weiter einen Beitrag zur Entwicklung und zur Verbesserung polytechnischer Bildungsangebote und zur Berufsorientierung leisten.

**9. Die personelle Ausstattung der berufsbildenden Schulen in Sachsen-Anhalt ist trotz einer wegen der sinkenden Schülerzahlen in diesem Bereich eintretenden Entspannung defizitär** und bleibt hinter den bundesdeutschen Standards deutlich zurück.

Auch die berufsbildenden Schulen verlassen wie die allgemein bildenden in den kommenden Jahren starke Lehrerjahrgänge. Es ist abzusehen, dass in den nächsten Jahren die rückläufigen Schülerzahlen diesen Prozess wahrscheinlich noch überkompensieren.

Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass auf diesem Wege Engpässe bei den Lehrkräften bestimmter Fachdisziplinen besonders im berufstheoretischen Bereich nicht beseitigt werden. Außerdem ist die Alterstruktur der Lehrkräfte auch an den berufsbildenden Schulen nicht ausgewogen.

**Die Fraktion DIE LINKE tritt deshalb dafür ein, die Ausbildung in den Lehrämtern der Berufsbildung zu stärken.** Mehr Wert muss darauf gelegt werden, geeignete Studentinnen und Studenten für jene Fächer zu gewinnen, in denen sich auch künftig ein hoher Bedarf abzeichnet. Die Einstellungskorridore für die berufsbildenden Schulen müssen voll ausgeschöpft und schrittweise erweitert werden. Über die Lehrkräfte hinaus ist es erforderlich, allen berufsbildenden Schulen **Fachkräfte mit sozialpädagogischer Ausbildung** stabil und systematisch zur Verfügung zu stellen sowie ihren Einsatz von Sonderprogrammen unabhängig zu machen. Es ist zu prüfen, inwieweit dazu auch Lehrerstellen umgewandelt werden können.

**10. Die Fraktion DIE LINKE ist offen für Entwicklungen, die zu erweiterter Selbständigkeit und erweiterten Handlungsmöglichkeiten berufsbildender Schulen führen. In gleichem Maße muss die innerschulische Demokratie ausgebaut werden.**

Im Grunde geht es darum, strukturelle Hemmnisse zu überwinden, die einer zukunftsfähigen dynamischen Entwicklung berufsbildender Schulen im Sinne eines bereiten und sozial gerechten Zugangs zu anspruchsvoller Ausbildung und einer nachhaltigen Gesellschaftsentwicklung im Wege stehen.

Wir verweisen aber auch auf die Risiken, die mit dem Anlegen einseitiger wirtschaftlicher Maßstäbe an die Arbeit und mit vorrangig von wirtschaftlichen Prämissen geprägtem Handeln berufsbildender Schulen verbunden sein können. Die Anwendung von Zielvereinbarungen zur Steuerung der Entwicklung berufsbildender Schulen sollte weiter erprobt werden.

**11. Im Rahmen der landespolitischen Möglichkeiten setzt sich die Fraktion DIE LINKE für ein hohes Niveau der Ausbildung in den Berufen sowohl am Lernort Betrieb als auch am Lernort berufsbildende Schule ein.**

**Die Ausbildung an den berufsbildenden Schulen muss hohes Fachwissen mit erweiterter Allgemeinbildung verbinden.** Sozialkompetenz, Wissen über Kultur, Geschichte und Gesellschaft, die Bereitschaft zum demokratischen Engagement, das Erlernen von Fremdsprachen und Medienkompetenz gehören aus unserer Sicht zum

unverzichtbaren Profil einer Absolventin oder eines Absolventen einer erfolgreichen Berufsausbildung.

In diesem Sinne soll berufliche Ausbildung **transparenten Qualitätsstandards entsprechen**. Qualitätssicherung und Qualitätsmanagementsysteme müssen auf ihre Wirksamkeit geprüft und in geeigneter Form wirksam eingesetzt werden.

**Wir sehen mit Sorge, dass es Bestrebungen gibt, über Modularisierung die Ganzheitlichkeit der Berufsausbildung aufzuweichen und letztlich zu zerstören**, das Zusammenwirken der Sozialpartner bei der Ausgestaltung der Berufsbilder zu unterlaufen, Billigausbildungen zu installieren, die geradewegs in den Billiglohnsektor führen. Einer solchen Entwicklung erteilen wir eine klare Absage. **Berufsausbildung darf nicht zum kurzfristigen Jobtraining verkommen.**

Schritte, die hingegen der **europäischen und internationalen Vergleichbarkeit** von Ausbildungen und Ausbildungsbestandteilen und der **didaktischen Qualifizierung der Ausbildung** dienen sowie eine **zielgerichtete horizontale wie vertikale Fort- und Weiterbildung** ermöglichen, **halten wir für aussichtsreiche Entwicklungswege in der Berufsausbildung.**